



sozialdemokratische Partei
Kanton

Interpellation (SP-Fraktion)

Auswirkungen der IT-Panne beim Bund auf arbeitslose Personen und die Sozialhilfe der Gemeinde

Die Einführung des neuen IT-Systems «Asal 2.0» des Bundes führte seit Anfang 2026 schweizweit zu erheblichen Verzögerungen bei der Auszahlung von Arbeitslosentaggeldern. Zahlreiche betroffene Personen erhielten ihre Leistungen verspätet oder unregelmässig. Gemäss Medienberichten und Informationen aus benachbarten Sozialdiensten bestehen die Probleme bis heute teilweise fort. Betroffen sind insbesondere Personen in wirtschaftlich prekären Situationen, die auf eine fristgerechte Auszahlung der Taggelder angewiesen sind.

Verspätete Leistungen können für die Betroffenen gravierende Folgen haben: Mietzahlungen, Krankenkassenprämien oder weitere laufende Rechnungen können nicht rechtzeitig beglichen werden. Dies erhöht das Risiko von Verschuldung, Mahnungen, Betreibungen sowie psychosozialen Belastungen. Gleichzeitig stellt sich die Frage, welche Auswirkungen diese Situation auf die Gemeinde und insbesondere auf den Sozialdienst hat.

Vor diesem Hintergrund wird der Gemeinderat gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie viele Personen in der Gemeinde waren oder sind nach Kenntnis des Gemeinderats von verspäteten Auszahlungen der Arbeitslosentaggelder infolge der IT-Panne beim Bund betroffen?
2. Haben sich aufgrund der Verzögerungen zusätzliche Personen bei der Sozialhilfe oder anderen Unterstützungsangeboten der Gemeinde gemeldet? Wenn ja, um wie viele Personen handelt es sich?
3. Wie wird sichergestellt, dass sich allfällige Überbrückungsleistungen/Bevorschussungen insbesondere der Sozialhilfe nicht negativ auf die Erteilung oder die Verlängerung einer Aufenthaltsbewilligung oder eine allfällige Einbürgerung auswirken?
4. Musste die Gemeinde aufgrund der verspäteten Arbeitslosentaggelder zusätzliche finanzielle Überbrückungsleistungen oder Vorschüsse ausrichten (bspw. zusätzliche Leistungen zu den Ansätzen gemäss Sozialhilfe oder Bevorschussungen der Leistungen der ALV durch die Sozialhilfe)? Falls ja: Wie hoch waren die dadurch entstandenen zusätzlichen Kosten beziehungsweise der administrative Aufwand für die Gemeinde?
5. Welche rechtlichen und praktischen Möglichkeiten hat die Gemeinde, betroffene Personen kurzfristig zu unterstützen?
6. Wie wird sichergestellt, dass sich Übergangslösungen nicht negativ auf den Erhalt einer Aufenthaltsbewilligung sowie eine allfällige Einbürgerung auswirken?
7. Welche konkreten Unterstützungsangebote stehen betroffenen Personen aktuell zur Verfügung (z. B. Überbrückungshilfe, Beratung, Vorschüsse, Unterstützung bei Miet- oder Krankenkassenzahlungen)?
8. Wie beurteilt der Gemeinderat die sozialen Folgen der verspäteten Auszahlungen für die Betroffenen, insbesondere hinsichtlich Verschuldung, psychischer Belastung oder Wohnsicherheit? Wie viele der Betroffenen, die sich bei der Gemeinde meldeten, hatten wegen der verspäteten Auszahlungen offene Mietzinszahlungen, Mahnungen oder Betreibungen?
9. Besteht ein Austausch zwischen der Gemeinde, dem Kanton, den regionalen

Arbeitsvermittlungszentren (RAV) oder den Arbeitslosenstellen bezüglich der Problematik? Sieht der Gemeinderat Handlungsbedarf gegenüber dem Bund oder dem Kanton, damit ähnliche Situationen künftig verhindert oder deren Auswirkungen abgefedert werden können?

10. Welche Lehren zieht der Gemeinderat aus dieser Situation für die Krisenbewältigung und die soziale Absicherung auf Gemeindeebene?

15. Juni 2026 Isabelle Steiner

I. Steiner

Jutta C. Müller

J. Müller

P. Aden

H. M.

Janka Hamm

M. Faccio

G. Baech

V. Honegger

H. v. A.

Gross

P. Ritz

P. Ritz

Ch. Brown

Th. H.

T. Edel

Th. H.

H. M.

B. Lohm

C. Müller